

DAS DOKUMENT

Offener Brief der Gewerkschaft
Erziehung und Wissenschaft an die
Abgeordneten des Deutschen Bundestages

Sehr geehrte Damen und Herren!

Die Frage der Verjährung nationalsozialistischer Mordtaten wird den Deutschen Bundestag demnächst beschäftigen.

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft im DGB, die größte Organisation von Lehrern und Erziehern in der Bundesrepublik, hat an diesem Problem ein legitimes Interesse.

Es kann nicht unsere Aufgabe sein, die juristischen Aspekte zu behandeln. Wir müssen uns darauf beschränken, die politisch-moralischen Elemente dieses Komplexes zu unterstreichen.

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft erinnert daran, daß die Lehrer in unserem Land ihren Auftrag zur politischen Bildung der heranwachsenden Bürger nur dann erfüllen können, wenn die sittlichen Maßstäbe einer Erziehung zur Freiheit und zur Verantwortung auch die Richtschnur für das Handeln des Staates bilden. Darum haben wir ernste und schwerwiegende Bedenken, wenn

sich nach dem Mai 1965 Mörder und Totschläger ungestraft ihrer Taten rühmen und sogar in öffentliche Ämter einziehen dürften.

In der öffentlichen Diskussion sind von Politikern, Juristen und Publizisten verschiedene Vorschläge gemacht worden, wie diesem politisch-moralischen Aspekt Genüge getan werden kann, ohne die rechtsstaatlichen Grundsätze unserer freiheitlichen Ordnung zu verletzen.

Die unterzeichneten Vorsitzenden der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft bitten die Abgeordneten des Deutschen Bundestages inständig, eine Lösung zu finden, die sowohl die Grundsätze einer jeden freiheitlichen Ordnung beachtet als auch dem genannten politisch-moralischen Aspekt Rechnung trägt. Nur eine solche Haltung könnte auch auf volles Verständnis des sachlich denkenden Auslandes rechnen.

Frankfurt/Main, Februar 1965.

<i>Heinrich Rodenstein</i>	<i>Anna Mosolf</i>
Professor	Ministerialrätin i. R.
1. Vorsitzender	2. Vorsitzende
Braunschweig	Hannover
<i>Erich Frister</i>	
Schulrat	
3. Vorsitzender	
Berlin	